

# Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 05.12.2019  
Beginn: 16:33 Uhr  
Ende: 18:27 Uhr  
Ort, Raum: Stadthalle, Konferenzraum 2, Wittastr. 5,  
36251 Bad Hersfeld

## **Anwesend:**

### **Mitglieder**

Herr Bernd Böhle	
Frau Silvia Schoenemann	ab TOP 5
Herr Carsten Lenz	
Herr Jürgen Richter	bis TOP 11
Herr Hans-Jürgen Schülbe	
Herr Karsten Vollmar	ab TOP 6
Herr Bernd Wennemuth	bis TOP 12
Herr Thomas Bös	Vertretung für Frau Zietz
Herr Dieter Herter	Vertretung für Herrn Vollmar bis TOP 5 und für Herrn Wennemuth ab TOP 13
Herr Jan-Ulrich Saal	bis TOP 12, Vertretung für Herrn Rey

### **von der Stadtverordnetenversammlung**

Herr Michael Barth	ab TOP 12 Vertretung für Herrn Richter
--------------------	--

### **vom Magistrat**

Herr Thomas Fehling

### **von der Verwaltung**

Herr Meik Ebert  
Herr Martin Bode  
Herr Volker Fladerer  
Herr Wilfried Herzberg  
Herr Joern Hinkel  
Frau Anke Hofmann  
Frau Andrea Jung  
Herr Thorsten Schneider  
Frau Sabine Stache  
Herr Johannes van Horrick  
Herr Torsten Wiegand

## **Entschuldigt:**

### **Mitglieder**

Herr Andreas Rey  
Frau Andrea Zietz

## **Tagesordnung:**

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Darlehensaufnahme von 575.000 € für den Eigenbetrieb Abwasser Bad Hersfeld**  
1299/19/1
- 3. Pflichtprüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2018 des Eigenbetriebes Kurbetrieb Bad Hersfeld**  
1291/19
- 4. Vorzeitige Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages zwischen der Kreisstadt Bad Hersfeld und dem Tennisclub Johannesberg e. V.**  
1281/19/1
  - 4.1. Antrag auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes auf den nächsten Sitzungszug**
  - 4.2. Prüfungsantrag an den Magistrat**
- 5. Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes für das Jahr 2020**  
1285/19
- 6. Jahresabschluss der Kreisstadt Bad Hersfeld zum 31.12.2018**  
1286/19
- 7. Bericht über die Haushaltsentwicklung**
- 8. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2019 gemäß § 28 GemHVO**  
1289/19
- 9. Übersicht Haushaltsmittel Investitionsprojekte anlässlich des Hessentages 2019 in Bad Hersfeld**  
1295/19
- 10. Projektstatusberichte Stand November 2019**  
1298/19

- 10.1. Prüfungsauftrag an den Magistrat**
- 11. Überplanmäßige Bereitstellung bei Produkt 26101 - Festspiele  
Ergebnishaushalt  
1297/19**
- 12. Produktbuch 2020  
1290/19**
- 13. Sachstandsbericht Thema Straßenbeiträge**
- 14. Verschiedenes**
- 15. Beschlussfassung über den Ausschluss der Öffentlichkeit zu TOP  
16**
- 16. Niederschlagung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis  
sowie Erlass von Mahn- und Pfändungsgebühren und Säumniszuschlägen Achtung: "Steuergeheimnis" gemäß § 30 AO! Bei Diskussionen keine Namen nennen!  
1288/19**

Zu TOP 16 wurde die Öffentlichkeit von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen. Danach wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt und der Beschluss verkündet.

**zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Stadtverordneter Böhle, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die Beschlussfähigkeit des heute tagenden Haupt- und Finanzausschusses fest.

Einwendungen zur Tagesordnung werden seitens der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorgetragen. Der Tagesordnungspunkt 14 wird an das Ende der Tagesordnung geschoben.

**zu 2 Darlehensaufnahme von 575.000 € für den Eigenbetrieb Abwasser  
Bad Hersfeld  
1299/19/1**

### **Beschluss:**

Die Aufnahme des Darlehens wird zu folgenden Konditionen beschlossen:

	Zinsen % p.a.	Tilgung % p.a.	Auszahlung Datum	Laufzeit Jahre	Bank
Neuaufnahme von 575.000 €	0,722	2,99	10.12.2019	30	Deutsche Kreditbank AG

**einstimmig beschlossen**

### **zu 3      Pflichtprüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2018 des Eigenbetriebes Kurbetrieb Bad Hersfeld 1291/19**

Bürgermeister Fehling erläutert, dass eigentlich die Stadtverordnetenversammlung diese Beauftragung hätte durchführen müssen. Er habe aber, um den Konzernabschluss der Stadt nicht zu gefährden, die Auftragsvergabe selbst vorgenommen. Durch personelle Veränderungen im Fachbereich Stadtmarketing ist die fristgerechte Bearbeitung nicht erfolgt.

### **Beschluss:**

Die Beauftragung der Pflichtprüfung für das Wirtschaftsjahr 2018 wurde der

**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH, Friedrich-  
straße 11 in 34117 Kassel**

übertragen.

**zur Kenntnis genommen**

### **zu 4      Vorzeitige Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages zwischen der Kreisstadt Bad Hersfeld und dem Tennisclub Johannesburg e. V. 1281/19/1**

Herr Lenz nimmt an den Beratungen und der Beschlussfassung wegen des Widerstreits der Interessen nicht teil.

### **Beschluss:**

Die Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages für das Grundstück Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 51, Flurstück 8/77 zwischen der Kreisstadt Bad Hersfeld und dem Tennisclub Johannesburg e. V. bis zum Jahr 2070 wird beschlossen.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Erbbauberechtigte.

### **mehrheitlich beschlossen**

Für den Antrag stimmten die CDU-Fraktion, die Die FDP-Fraktion, die UBH-Fraktion, die FWG-Fraktion, gegen den Antrag stimmte die Grüne/NBL-Fraktion, der Stimme enthalten hat sich die SPD-Fraktion.

#### **zu 4.1 Antrag auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes auf den nächsten Sitzungszug**

Herr Bös stellt den Antrag, bis zur Klärung der aufgetretenen Fragen, den Tagesordnungspunkt zu verschieben.

#### **Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt wird auf den nächsten Sitzungszug verschoben.

### **mehrheitlich abgelehnt**

Für den Antrag stimmten Herr Wennemuth und Herr Bös, gegen den Antrag stimmten Frau Schoenemann, Herr Lenz, Herr Saal, Herr Richter und Herr Böhle. Der Stimme enthalten haben sich Herr Schülbe und Herr Herter.

#### **zu 4.2 Prüfungsantrag an den Magistrat**

Im Rahmen der Beratungen werden Fragen aufgeworfen, die nicht direkt von der Verwaltung beantwortet werden können. Es wird daher beschlossen, eine Anfrage an dem Magistrat zu richten.

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss bittet den Magistrat um Auskunft über das Ergebnis der Gespräche zwischen dem Ortsbeirat und dem Investor. Zudem bittet er um Auskunft, ob neben den in der Vorlage genannten Flächen weitere Flächen zur Nutzung durch den Investor vorgesehen sind und wie die Zukunftsfähigkeit des Vereins bis 2070 eingeschätzt wird bzw. was bei einer Auflösung des Vereins als Abwicklung vorgesehen ist.

Zudem bittet der Ausschuss um Auskunft, an welchen Punkten die Einigung mit dem TSV Kalkobes scheitert, welcher ebenfalls eine Vertragsverlängerung beantragt hat.

### **einstimmig beschlossen**

#### **zu 5 Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes für das Jahr 2020 1285/19**

Herr Bode erläutert den Wirtschaftsplan und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

### **Beschluss:**

Der von der Betriebsleitung nach § 4 Abs. 1 EigBGes aufgestellte Wirtschaftsplan 2020 wird gem. § 5 Ziffer 4 EigBGes beschlossen.

Als Höchstbetrag der Kassenkredite werden 1,0 Mio EUR festgesetzt. Unter Hinweis auf den § 17 Abs. 8 1. Satz EigBGes sind die Investitionen des Vermögensplanes gegenseitig deckungsfähig.

**einstimmig beschlossen**

### **zu 6      Jahresabschluss der Kreisstadt Bad Hersfeld zum 31.12.2018 1286/19**

Herr Herzberg erläutert den Jahresabschluss und hebt das positive Ergebnis hervor.

### **Beschluss:**

Der Magistrat stellt die beigefügte Jahresrechnung zum 31.12.2018 auf und legt sie dem Kreisrechnungsprüfungsamt zur Prüfung vor.

**zur Kenntnis genommen**

### **zu 7      Bericht über die Haushaltsentwicklung**

Herr Herzberg erläutert den Risikobericht. Der Haushaltsausgleich ist durch die Risiken nicht gefährdet.

Auf Nachfrage von Herrn Böhle erläutert er die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes Gute Heimat Hessen. Die Kreisstadt erhält voraussichtlich 2,1 Millionen Euro zusätzlicher Gelder, davon sind allerdings 1,06 Millionen aus der Gewerbesteuerumlage, welche hälftig an den Landkreis abzuführen sind. Von der Gesamtsumme gehen zudem 680.000 Euro als Umlage an das Klinikum und weitere 80.000 Euro an die E-kom zur Durchführung von Digitalisierungsmaßnahmen. Weiter sind 500.000 Euro an erhöhten Schlüsselzuweisungen enthalten, von denen die Hälfte an den Landkreis abzuführen ist. Der Zuschuss für die Kinderbetreuung beträgt 580.000 Euro, von denen allerdings 150.000 Euro an die freien Träger weiterzugeben sind. In Summe bleibt somit der Kreisstadt ein Mehraufwand von 180.000 Euro.

Herr Böhle regt an, mit dem Landkreis als besonderer Nutznießer des Gesetzes über die Höhe der Kreisumlage zu verhandeln.

**zur Kenntnis genommen**

### **zu 8      Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2019 gemäß § 28 GemHVO 1289/19**

### **Beschluss:**

Der Finanz- und Risikobericht zum 14.11. bzw. 04.11.2019 werden zur Kenntnis genommen.

**zur Kenntnis genommen**

### **zu 9      Übersicht Haushaltsmittel Investitionsprojekte anlässlich des Hessentages 2019 in Bad Hersfeld 1295/19**

### **Beschluss:**

Von der Zuordnung der in den Haushalten 2017 bis 2019 sowie in den Investitionsprogrammen 2020 und 2021 veranschlagten Haushaltsmitteln zu den anlässlich des Hessentages 2019 geförderten Investitionsprojekten wird Kenntnis genommen.

**zur Kenntnis genommen**

### **zu 10     Projektstatusberichte Stand November 2019 1298/19**

Herr Richter vermisst den Ausbau des Stadthausareals aus der Beschlussvorlage 0747/19 in den Projektberichten. Frau Hofmann berichtet, dass es dafür keine Förderung im Rahmen des Hessentages gegeben habe und das Projekt daher nicht aufgeführt ist. Herr Richter stellt fest, dass Haushaltsmittel für dieses Projekt von der Stadtverordnetenversammlung bereitgestellt wurden, bittet darum, den aktuellen Projektstand zu ermitteln und dem Ausschuss mitzuteilen.

### **Beschluss:**

Von den Projektstatusberichten Stand: November 2019 wird Kenntnis genommen.

**zur Kenntnis genommen**

### **zu 10.1   Auftrag an den Magistrat**

### **Beschluss:**

Der Magistrat wird gebeten, dem Haupt- und Finanzausschuss den aktuellen Sachstand zur Durchführung des Ausbaus des Stadthausareals aus der Beschlussvorlage 0747/19 mitzuteilen.

**einstimmig beschlossen**

**zu 11 Überplanmäßige Bereitstellung bei Produkt 26101 - Festspiele Ergebnishaushalt 1297/19**

Aus den Reihen der Mitglieder wird die Umgangsform mit absehbaren Ergebnisverschlechterungen kritisiert. So habe die Intendanz aufgrund ihrer Zuständigkeit sich entschieden ein Musical in 2020 nicht mehr aufzuführen, dadurch mussten 150.000 Euro an zusätzlichen Abschreibungen für 2019 aufgewandt werden. Diese bewusste und erkennbare Entscheidung habe allerdings nicht dazu geführt dass eine entsprechende Sitzungsvorlage gefertigt wurde um die politischen Gremien über diese Auswirkungen zu informieren. Nur im Rahmen der Risikoberichte wurde der Sachverhalt bekannt.

Man habe zudem erhebliche Zweifel wegen der Funktionalität des Controllings bei den Festspielen. Des Weiteren habe man festzustellen, dass keine ausreichenden Risikopuffer in dem Bereich Personal eingebaut wurden, um zusätzliche Kosten durch Personalausfälle mit dem bestehenden Etat abfangen zu können.

Intendant Hinkel räumt auch das Fehlen eines Risikobetrages von 5 Prozent des Gesamtetats ein und merkt an, dass diese Erhöhung des Zuschusses um 400.000 Euro bereits seit Jahren von der Festspielverwaltung gefordert wird. Mit den bestehenden Zuschuss von 1.400.000 Euro könne man zukünftig nur eine Spielzeit von vier Wochen mit maximal zwei Stücken abbilden.

In den Beratungen zum Tagesordnungspunkt wird die Frage gestellt, wie mit dem Fehlbetrag aus dem Jahr 2018 haushaltstechnisch umgegangen wurde. Die Verwaltung klärt den Punkt ab und wird dem Ausschuss darüber berichten.

**Beschluss:**

Es wird beschlossen, für das Produkt 26101 – Festspiele – Mittel in Höhe von 484.000 EUR überplanmäßig bereitzustellen. Die Deckung erfolgt über Mehreinnahmen im Produktsachkonto 61102.55040000 - Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

**mehrheitlich abgelehnt**

Für die Beschlussvorlage stimmten die UBH-Fraktion und die Grüne/NBL-Fraktion, gegen die Vorlage stimmte die SPD-Fraktion. Der Stimme enthalten haben sich die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die FWG-Fraktion.

**zu 12 Produktbuch 2020 1290/19**

**Beschluss:**

Das Produktbuch 2020 wird beschlossen.

**einstimmig beschlossen**

### **zu 13 Sachstandsbericht Thema Straßenbeiträge**

Nachdem die Rechtsauffassung der Bürgerinitiative gegengeprüft wurde, wird deren Rechtsauffassung geteilt. Leider ist der zu Grunde liegende Erlass nicht über die Regierungspräsidien an die Kommunen weitergeleitet worden. Es ist somit möglich, die ausgefallenen Anliegerbeiträge durch die Aufnahme kommunaler Kredite auszugleichen, ohne gegen das Verbot der Nettokreditaufnahme (§ 3 Absatz 3 Gemeindehaushaltsverordnung) zu verstoßen.

Für das Jahr 2020 wurden vom Magistrat keine anliegerbeitragspflichtigen Straßenmaßnahmen in den Haushalt eingestellt, somit besteht die notwendige Zeit, um eine politische Beschlussfassung vorzunehmen. Für den nächsten Sitzungszug kündigt der Bürgermeister zwei Beschlussvorlagen an, zum einen eine Aufhebungssatzung und zum anderen die Aufhebung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, keine beitragspflichtigen Baumaßnahmen durchzuführen. Zudem habe der Magistrat im Haushaltsplanentwurf 50.000 Euro für Planungskosten von grundhaften Straßenerneuerungen eingestellt, um so für den Haushalt 2021 entsprechende planerische Vorarbeit zu leisten. Somit sei sichergestellt, dass ab 2021 wieder Straßen grundhaft erneuert werden können.

Des Weiteren stellt er fest, dass bisher nicht abgerechnete Straßenausbaumaßnahmen nicht vor der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung anstehen. Bereits durch Bescheid festgestellte Maßnahmen können allerdings nicht rückabgewickelt werden, hier besteht allerdings die Möglichkeit, zu sehr attraktiven Zinssätzen eine Stundung zu beantragen.

### **zu 14 Verschiedenes**

Für die Haushaltsberatungen wird die Frist für die Einreichung von Anträgen zum Haushalt 2020 auf den 19.01.2020 24.00 Uhr gesetzt. Die Anträge sind per E-Mail an Herrn Herzberg zu senden.

### **zu 15 Beschlussfassung über den Ausschluss der Öffentlichkeit zu TOP 16**

Herr Böhle fragt, ob zu dem Tagesordnungspunkt 16 Wortmeldungen vorgesehen sind. Herr Herter möchte zu diesem Tagesordnungspunkt Fragen stellen.

#### **Beschluss:**

Die Öffentlichkeit wird zu Tagesordnungspunkt 16 ausgeschlossen.

**einstimmig beschlossen**

### **zu 16 Niederschlagung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis sowie Erlass von Mahn- und Pfändungsgebühren und Säumniszuschlägen Achtung: "Steuergeheimnis" gemäß § 30 AO! Bei Diskussionen keine Namen nennen! 1288/19**

Herr Lenz nimmt an der Beratung und Beschlussfassung wegen Widerstreit der Interessen nicht teil.

Herr Herter fragt nach, ob unter Ziffer 3 die Ansprüche der Stadt aufgegeben werden. Herr Herzberg erläutert, dass die Beträge nur niedergeschlagen sind, somit könne die Stadtkasse jederzeit die Forderungen eintreiben, sobald Hinweise auf ein entsprechendes Vermögen bekannt werden.

**Beschluss:**

**Haupt- und Finanzausschuss:** Es wird der unbefristeten Niederschlagung der rückständigen Gewerbesteuern, Nachzahlungszinsen, Verspätungszuschläge und Stundungszinsen für die unter lfd. Nr. 2 bis 5 und 7 in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Steuerpflichtigen zugestimmt.

**einstimmig beschlossen**

Bernd Böhle  
Vorsitzender

Rudolf Dahinten  
Protokollführer